



Hat das Volk bei den neuen Kampffjets das letzte Wort?

BERN. SP und GSoA wollen den 8-Milliarden-Plan von Bundesrat Guy Parmelin vereiteln. Offen ist, ob sich das Volk äussern kann.

Der Bundesrat macht vorwärts bei der Kampfjet-Beschaffung: Gestern kündigte Verteidigungsminister Guy Parmelin an, dass er für maximal acht Milliarden Franken neue Jets und ein neues Fliegerabwehr-System beschaffen will. Das sei nötig, um die in die Jahre gekommenen F-5 Tiger und die F/A-18 zu ersetzen – ansonsten drohe eine gefährliche Sicherheitslücke.

Die FDP lobt den Entscheid. «Das ist eine gute Sache, weil es sich um eine mittlere Variante handelt», sagt Nationalrat Hugues Hiltbold. Auch die SVP spricht von einem «Schritt in die richtige Richtung». Für Nationalrat Thomas Hurter ist das



Müssen ersetzt werden: Die F/A-18-Kampfflugzeuge. KEYSTONE

Budget jedoch noch zu klein: «Acht Milliarden sind nicht genug für den Verfassungsauftrag der Landesverteidigung.» Dafür brauche es 55 bis 70 Jets. Empört reagiert die SP: Sie spricht von «überdimensionierten Luxus-Kampfjetplänen». Auch Lewin Lempert von der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) kritisiert: «Die acht

Milliarden müssten bei der Bildung oder der Gesundheit eingespart werden.» Erst vor gut drei Jahren habe das Volk den Kauf von 22 Gripen für 3,1 Milliarden abgeschmettert. Das neue Projekt sei ein Schlag ins Gesicht der Steuerzahler. Plane der Bundesrat nun, den Jet-Kauf am Volk vorbeizuschmuggeln, bleibe nur die Lancierung

«Ich erwarte nicht, dass die Schweiz nächstes Jahr angegriffen wird. Aber niemand weiss, was in 20 oder 30 Jahren sein wird.»



Guy Parmelin

einer Volksinitiative. Denkbar sei, grössere Rüstungsbeschaffungen künftig zwingend dem Referendum zu unterstellen.

Der Bundesrat liess gestern offen, ob er ein Referendum ermöglichen will. Geprüft wird auch eine Beschaffung über das ordentliche Budget. Für Hurter ist das legitim: «Für Materialbeschaffungen braucht es keine Volksabstimmung.»

DAW/THE/SDA

Der Plan: Ab 2025 sollen die neuen Jets ausgeliefert werden

BERN. Bis Februar 2018 arbeitet das Verteidigungsdepartement Varianten der Jet-Finanzierung aus. Möglich sind etwa ein Planungsbeschluss oder eine Revision des Militärgesetzes, beides wäre einem fakultativen Referendum unterstellt. Denkbar

wäre auch der übliche Weg über die Armeebotschaft, die nicht dem Referendum unterstellt ist. In diesem Fall könnten die Gegner höchstens noch eine Volksinitiative lancieren. Im kommenden Jahr will der Bundesrat Offerten der Herstel-

ler Airbus, Boeing, Dassault, Lockheed-Martin und Saab einholen. Der Typenentscheid für den Jet soll 2020 fallen. 2022 würde das Geschäft dem Parlament vorgelegt. Ab 2025 könnten die ersten Flugzeuge ausgeliefert werden, 2030 wäre die

Flotte einsatzbereit. Damit bis dahin in der Luftverteidigung keine Lücke entsteht, bleiben die 30 F/A-18-Kampffjets länger als geplant in der Luft. Die technische Nachrüstung kostet rund eine halbe Milliarde Franken. 20M/SDA